

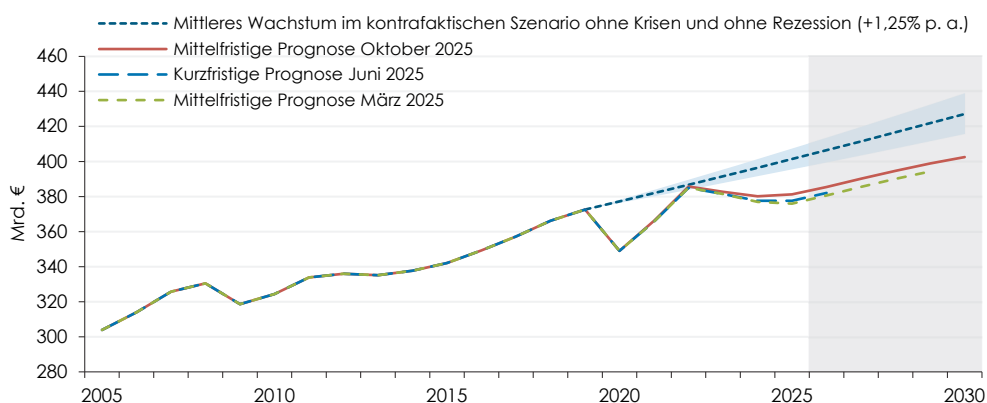
Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum

Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Simon Loretz, Mark Sommer

- Nach zwei Jahren Rezession und einer Stagnation im laufenden Jahr wird Österreichs Wirtschaft 2026 um voraussichtlich 1% wachsen. Für 2026/2030 erwartet das WIFO ein reales BIP-Wachstum von 1% p. a.; 2029 dürfte es noch leicht über dem Trendwachstum liegen.
- Da das Arbeitsangebot demografisch bedingt nur schwach zunimmt, wird die Arbeitslosenquote bis 2030 auf voraussichtlich 5,9% sinken.
- Die Inflation verlangsamt sich 2026 auf 2,4% und dürfte zur Jahresmitte 2027 den Zielwert der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2% erreichen, um dort mittelfristig zu verharren.
- Das Budgetdefizit wird über den Prognosehorizont durchschnittlich 3¼% p. a. betragen, womit die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes ohne weitere Maßnahmen klar verfehlt werden.
- Die Staatsschuld dürfte bis 2030 um weitere 109 Mrd. € auf gut 526 Mrd. € anwachsen. Damit wird die Staatsschuldenquote 88¼% des BIP erreichen (+6¼ Prozentpunkte gegenüber 2025).

Vergleich der mittelfristigen WIFO-Prognosen zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



"Durch die COVID-19-Krise, die Energiepreiskrise und die Rezession 2023/24 büßte Österreich deutlich an Wertschöpfung ein. Die Einbußen 2020/2030 liegen je nach den Annahmen zum durchschnittlichen Wachstum im kontrafaktischen Szenario ohne Krisen und Rezession zwischen 136 und 269 Mrd. €."

Die österreichische Wirtschaft erlebte 2023/24 eine der längsten Rezessionen der Nachkriegszeit. Im Zeitraum 2026/2030 beträgt das BIP-Wachstum voraussichtlich 1% p. a. (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Blaue Schattierung: Wachstumstrichter im kontrafaktischen Szenario ohne Krisen und ohne Rezession: Obergrenze +1,5% jährliches BIP-Wachstum, Untergrenze +1% jährliches BIP-Wachstum).

Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum

Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Simon Loretz, Mark Sommer

Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030

Österreichs Wirtschaft erholt sich weiterhin nur schleppend von der Rezession der Jahre 2023/24. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind die Energiepreise und die Lohnstückkosten hierzulande kräftiger gestiegen, wodurch insbesondere die energieintensive Exportwirtschaft auch mittelfristig Wettbewerbsnachteile haben wird. Folglich wird die österreichische Wirtschaft 2026/2030 um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt p. a. schwächer wachsen als der Durchschnitt des Euro-Raumes. Das WIFO erwartet ein reales BIP-Wachstum von 1% pro Jahr. Das Trendwachstum beträgt laut der Methode der Europäischen Kommission $\frac{3}{4}$ % p. a. ($\emptyset$ 2010/2019 +1,1% p. a.). Der private Konsum dürfte im Prognosezeitraum um durchschnittlich 1% p. a. zulegen und so das Wirtschaftswachstum stützen. Der demografische Wandel verstärkt die Arbeitskräfteknappheit. Dies trübt einerseits die mittelfristigen Aussichten, dämpft jedoch andererseits merklich die Arbeitslosigkeit: nach 7,5% 2025 wird die Arbeitslosenquote bis 2030 auf voraussichtlich 5,9% zurückgehen. Der seit Ende 2021 beobachtete kräftige Preisauftrieb verlangsamt sich 2026 auf 2,4%. Mitte 2027 sollte die Inflationsrate dann den Zielwert der Europäischen Zentralbank erreichen und auch mittelfristig bei 2% verharren. Die Defizitquote liegt im Prognosezeitraum bei durchschnittlich $\frac{3}{4}$ % des nominellen BIP und damit deutlich über dem 3%-Ziel. In der Folge steigt die Staatsschuld bis 2030 auf $88\frac{1}{4}$ % der nominellen Wirtschaftsleistung (2024: 80%).

Structural Problems Dampen Growth. Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2026 to 2030

Austria's economy continues to recover sluggishly from the recession of 2023-24. Compared to other European countries, energy prices and unit labour costs have risen more sharply in Austria, which has placed its energy-intensive export industry in particular at a competitive disadvantage also in the medium term. As a result, the Austrian economy will grow by $\frac{1}{4}$ percentage point p.a. less than the euro area average in 2026-2030. WIFO expects real GDP growth of 1 percent p.a. According to the European Commission's methodology, the annual trend growth rate is $\frac{3}{4}$ percent (average 2010-2019 +1.1 percent p.a.). Private consumption is expected to grow by an average of 1 percent p.a. during the forecast period, thereby supporting economic growth. Demographic change will intensify labour shortages. On the one hand, this is dampening the medium-term growth outlook, but on the other hand, it is significantly reducing unemployment: after 7.5 percent in 2025, the unemployment rate is expected to decline to 5.9 percent by 2030. The strong inflation observed since the end of 2021 will slow to 2.4 percent in 2026. By mid-2027, the inflation rate should reach the European Central Bank's target and remain at 2 percent in the medium term. The deficit ratio averages $\frac{3}{4}$ percent of nominal GDP over the forecast period, well above the 3 percent target. As a result, government debt will rise to $88\frac{1}{4}$ percent of nominal GDP by 2030 (2024: 80 percent).

JEL-Codes: E32, E37, E66, D31 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich

Der vorliegende Beitrag basiert auf der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose vom Oktober 2025 für die Jahre 2025 und 2026 (Schiman-Vukan & Ederer, 2025, in diesem Heft). Die Annahmen zur internationalen Entwicklung wurden am 10. September 2025 festgelegt. Weitere Informationen zur Entwicklung im Inland, die bis zum 2. Oktober 2025 vorlagen, wurden in dieser Prognose berücksichtigt. Die Berechnungen erfolgten mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner et al., 2005). • Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Begutachtung: Marcus Scheiblecker, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Victoria Plöchl (victoria.ploechl@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 29. 10. 2025

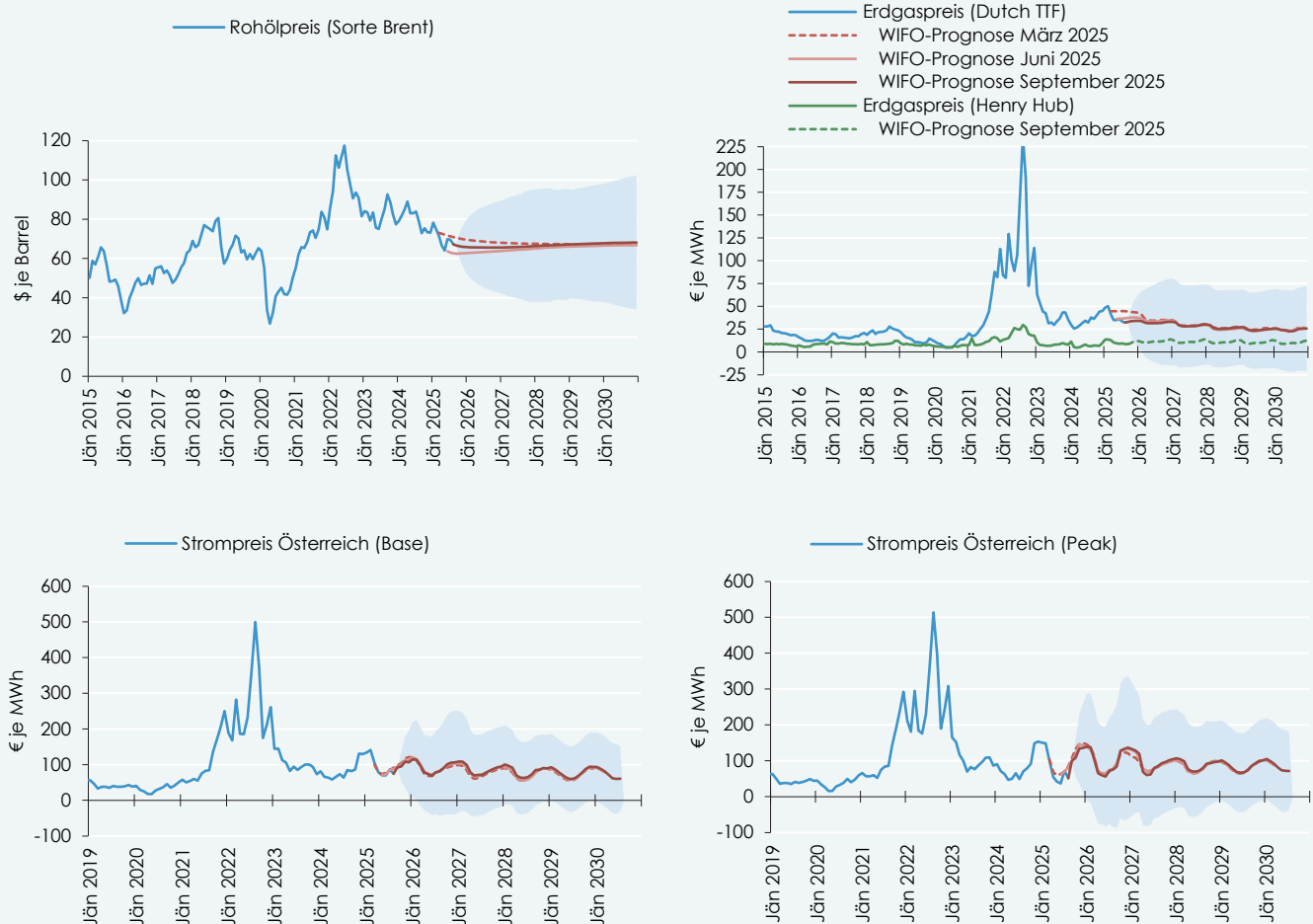
Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Serguei Kaniovski (serguei.kaniovski@wifo.ac.at), Simon Loretz (simon.loretz@wifo.ac.at), Mark Sommer (mark.sommer@wifo.ac.at)

Die Aussichten für die österreichische Wirtschaft haben sich seit dem letzten Update der mittelfristigen Prognose vom März 2025 (Baumgartner & Kaniovski, 2025) nur leicht aufgehellt. Trotz der Verbesserung der internationalen Konjunktur und einer Belebung des privaten Konsums wird sich die österreichische Wirtschaft nur schleppend von der **Rezession 2023/24** ($-\frac{3}{4}$ % p. a.) bzw. der

Stagnation im laufenden Jahr (+0,3%) erholen. Für den **Prognosezeitraum 2026/2030** erwartet das WIFO einen **durchschnittlichen jährlichen BIP-Zuwachs von rund 1%** ($\emptyset$ 2010/2019 +1,6% p. a., Übersicht 2). Österreichs Wirtschaft dürfte damit mittelfristig um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt p. a. schwächer wachsen als der Durchschnitt der Euro-Länder (Abbildung 1).

Abbildung 1: Energiepreise

Monatliche Entwicklung internationaler Notierungen



Q: HWWI, IWF, European Energy Exchange, Intercontinental Exchange, Nymex, Macrobond, OeNB, WIFO-Berechnungen. Hellblauer Bereich ... $\pm$ Standardabweichung der Röhöl- (Brent), Erdgas- (Dutch TTF) bzw. Strompreise (Base, Peak), berechnet aus vergangenen Abweichungen zwischen den Spotpreisen und den Futures-Werten.

Wachstumshemmend wirkt nach Einschätzung des WIFO in erster Linie die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel infolge höherer Lohn- und stärkerer Preissteigerungen bei Energie. Österreich ringt zudem mit strukturellen Problemen, etwa bei der Integration von Migrant:innen in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt, oder hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung von Älteren (Felbermayr, 2024). Europäische Industrieunternehmen sehen sich mit einer zunehmenden Konkurrenz aus Asien konfrontiert und der Zugang zum Markt der USA wird angesichts der dortigen Zollpolitik schwierig bleiben. Zudem bringen der technologische und der demografische Wandel sowohl Mismatch-Probleme als auch Arbeitskräftknappheit mit sich. Alle

angeführten Faktoren bremsen mittel- bis langfristig das Wirtschaftswachstum.

Andererseits dämpft das schwächere Wachstum des Arbeitskräfteangebotes merklich die Arbeitslosigkeit, wodurch die Arbeitslosenquote bis 2030 auf 5,9% zurückgehen wird (2025: 7,5%). Der Preisauftrieb verlangsamt sich 2026 auf 2,4% (2025: 3,5%) und dürfte damit ohne weitere Maßnahmen als jene, die bereits im Rahmen der Regierungsklausur angekündigt wurden, über dem von der Bundesregierung angestrebten Zielwert von 2% bleiben¹⁾. Erst Mitte 2027 erreicht die Inflationsrate das 2%-Ziel der EZB und dürfte auch mittelfristig dort verharren (Ø 2026/2030 +2,2% p. a.).

Die Defizitquote wird unter den derzeitigen Rahmenbedingungen über den gesamten

¹⁾ Siehe dazu die Medieninformationen des Bundeskanzleramtes vom 4. September 2025 "Gemeinsam am Aufschwung arbeiten – Herbstausblick" und vom 8. Oktober 2025 "Wirtschaftslage": <https://services.bundeskanzleramt.gv.at/newsletter/bka-medien->

[newsletter/innenpolitik/bka-medieninformation-04-09-2025.html](https://services.bundeskanzleramt.gv.at/newsletter/bka-medien-), <https://services.bundeskanzleramt.gv.at/newsletter/bka-medien-newsletter/innenpolitik/bka-medieninformation-08-10-2025.html>.

Prognosezeitraum bei durchschnittlich 3,8% des nominellen BIP liegen. Um das 3%-Ziel zu erreichen sind daher in der Budgeterstellung

ab 2027 weitere Konsolidierungsschritte notwendig.

Energie bleibt auch mittelfristig teuer: Erdgas dürfte im Zeitraum 2026/2030 rund 1¼-mal und Strom mehr als doppelt so viel kosten wie noch 2018/2020.

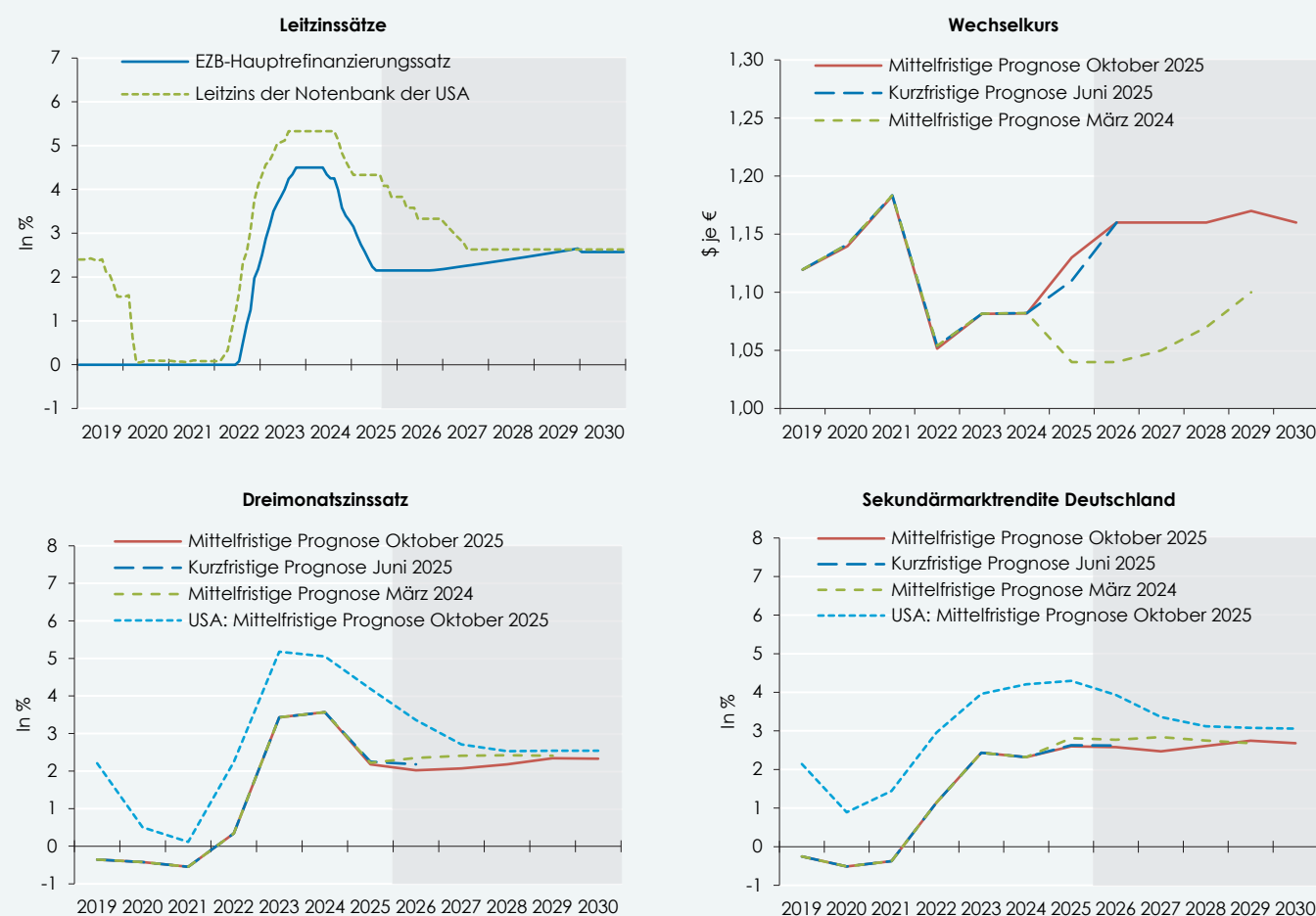
1. Internationale Rahmenbedingungen

1.1 Annahmen zur Energiepreisentwicklung

Die in dieser Prognose unterstellten Preisentwicklungen für Rohöl, Erdgas und Strom basieren auf den (durchschnittlichen) Markterwartungen, wie sie in den Notierungen der Futures-Kontrakte zum Ausdruck kommen (Übersicht 1, Abbildung 2). Das WIFO unterstellt für 2026 einen **Rohölpreis** von 65,5 \$ je Barrel (Sorte Brent; Jahresdurchschnitt) und bis 2030 einen Anstieg auf 68 \$ je Barrel. Die Großhandelspreise für **Erdgas und Strom** (gemäß Dutch TTF bzw. den Strom-Futures für Österreich) dürften sich auf Basis der Markterwartungen im Prognosezeitraum stabil entwickeln.

Folglich wird Energie mittelfristig teurer bleiben als vor dem Energiepreisschock 2021/22: Erdgas dürfte im europäischen Großhandel 2026/2030 durchschnittlich 1¼-mal und Strom mehr als doppelt so viel kosten wie im Zeitraum 2018/2020. In den USA dürften die Großhandelspreise für Erdgas (gemäß Henry-Hub, Abbildung 2) dagegen nur leicht über dem Niveau vor der COVID-19-Pandemie zu liegen kommen, womit Erdgas dort deutlich billiger bleiben wird als in Europa – 2026 um voraussichtlich 64% und 2030 um 58%. Dieser Wettbewerbsnachteil der energieintensiven exportorientierten Industrie gegenüber der Konkurrenz in Übersee wird somit über den gesamten Prognosehorizont bestehen bleiben.

Abbildung 2: Monetäre Rahmenbedingungen



Q: Europäische Zentralbank, Federal Reserve Bank, Oxford Economics, WIFO-Berechnungen.

1.2 Annahmen zur Geldpolitik

Hinsichtlich der **Geldpolitik der USA** erwartet das WIFO für das IV. Quartal 2025 eine weitere Zinssenkung um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt. Auf Basis eines adaptierten Taylor-Regel-Modells ist auch 2026/27 mit Senkungen zu rechnen. Der Dreimonatsszinssatz sinkt in der Folge bis Ende 2027 auf $2\frac{1}{2}\%$ (2025: $4\frac{1}{4}\%$) und verharrt in den Folgejahren auf diesem Niveau (Abbildung 3).

Die **EZB** wird ihre **Geldpolitik** bis Ende 2026 nicht weiter lockern und 2027 wieder etwas straffen. Folglich steigt der Dreimonatsgeldmarktsatz leicht von 2% (2026) auf $2\frac{1}{4}\%$ (2028/2030). Die Sekundärmarktrendite auf

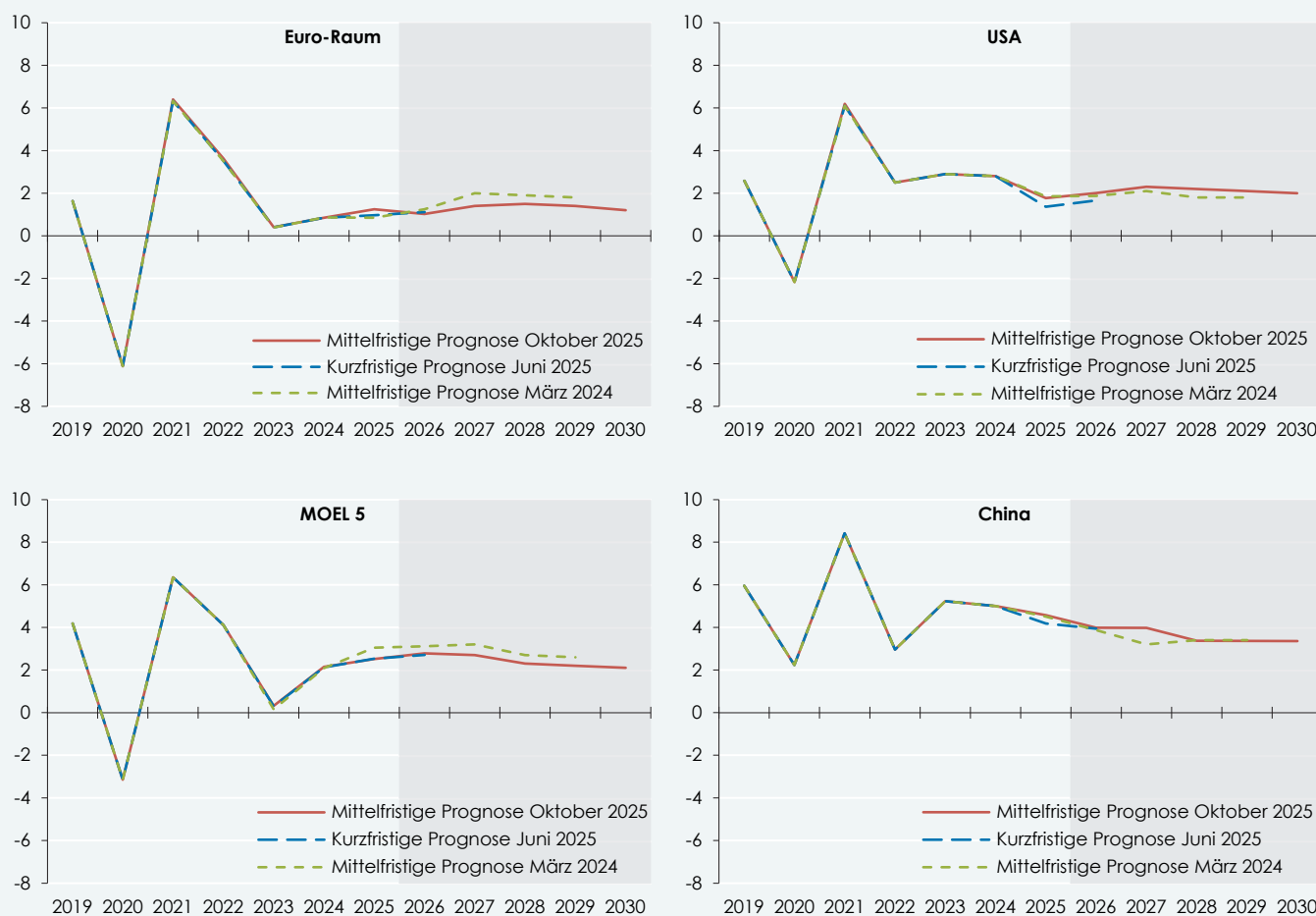
10-jährige deutsche Bundesanleihen dürfte ebenfalls leicht zulegen (von $2\frac{1}{2}\%$ 2026/2028 auf $2\frac{3}{4}\%$ 2029/30). Der Abbau der im Zuge des Pandemie-Notfallankaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) angekauften Staatsanleihenbestände wird im Prognosezeitraum – nach einer ungewöhnlich langen Phase einer inversen Zinsstruktur durch umfangreiche Zentralbank-Interventionen auf den europäischen Anleihenmärkten – die Normalisierung des Zinsgefüges unterstützen.

Der **Wechselkurs** des **Dollar** gegenüber dem **Euro** bleibt auf Basis der Konjunktur- und Zinsentwicklung in den beiden Wirtschaftsräumen nahezu konstant bei 1,16 \$ je Euro.

Die EZB wird ihre Geldpolitik ab 2027 wieder etwas straffen. Der Dreimonatsszinssatz wird von 2% im Jahr 2026 leicht auf $2\frac{1}{4}\%$ (2028/2030) steigen.

Abbildung 3: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in vier wichtigen Handelspartnerregionen**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen, Oxford Economics. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

1.3 Annahmen zur internationalen Konjunktur

Ausgehend von den Energiepreisschocks (ab 2021), der Wende in der Geldpolitik (ab dem Frühjahr bzw. Sommer 2022) und inflationsbedingten Kaufkraftverlusten der privaten Haushalte (2022/23) trübte sich die Kon-

junktur ab Mitte 2022 nachhaltig ein, vor allem in Europa. In den **fünf für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Ländern bzw. Ländergruppen** (Euro-Raum, MOEL 5, USA, China, Schweiz) wuchs das reale BIP 2023 um lediglich $0,9\%$ (exportgewichtet, 2022 $+3,5\%$, Ø 2010/2019 $+2,1\%$ p. a., Übersicht 1). Mit dem Rückgang der Energie-

In den für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Partnerländern wird sich das Wirtschaftswachstum nach der Schwächephase wieder beschleunigen. Für 2026/2030 wird ein durchschnittlicher Zuwachs von 1¼% p. a. erwartet.

preise und der Verbesserung der Finanzierungsbedingungen infolge sinkender Kreditzinssätze sollte sich verzögert auch das Marktwachstum wieder etwas beleben. Im Prognosezeitraum 2026/2030 erwartet das WIFO in den fünf wichtigsten Partnerländern (Ländergruppen) ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 1¼%²⁾.

Für den **Euro-Raum** wird nach einer Schwächephase (2023/2026 +0,9% p. a.) eine Erholung des Wirtschaftswachstums auf 1½% p. a. unterstellt. In den **MOEL 5** dürfte das

BIP-Wachstum 2026/27 2¼% betragen und bis 2030 auf 2% zurückgehen (Übersicht 1, Abbildung 4).

Chinas Wirtschaft wird 2025 um voraussichtlich 4½% wachsen. Aufgrund von Handelskonflikten, insbesondere mit den USA und möglicherweise auch mit der EU, und verschiedenen strukturellen Herausforderungen (Lui, 2024) ist mittelfristig eine Abschwächung auf 3½% zu erwarten.

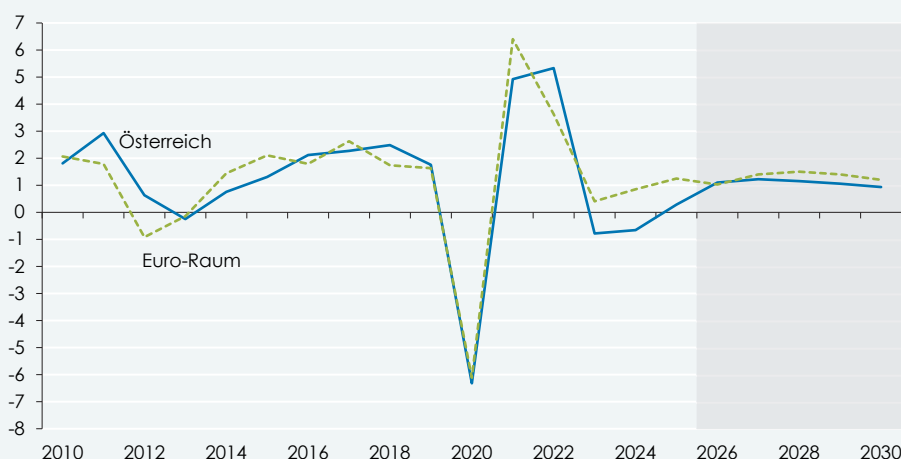
Übersicht 1: Internationale Konjunktur

		Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2030	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Euro-Raum		+ 1,4	+ 2,5	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,2
MOEL 5 ¹⁾		+ 3,2	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1
USA		+ 2,4	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0
Schweiz		+ 1,9	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5
China		+ 7,7	+ 5,2	+ 3,6	+ 5,0	+ 4,6	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,4
Insgesamt, exportgewichtet ²⁾		+ 2,1	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,5
Annahmen zur Prognose											
Rohölpreis, Brent	\$ je Barrel	80	80	67	80	69	66	66	67	68	68
Erdgaspreis, Dutch TTF	€ je MWh	–	56	28	34	37	33	30	27	25	25
Strompreis Österreich											
Base	€ je MWh	–	130	82	82	97	93	87	81	78	74
Peak	€ je MWh	–	134	90	81	95	99	94	88	85	85
Wechselkurs	\$ je €	1,23	1,11	1,16	1,08	1,13	1,16	1,16	1,16	1,17	1,16
Internationale Zinssätze											
Dreimonatszinssatz	in %	0,2	1,8	2,2	3,6	2,2	2,0	2,1	2,2	2,3	2,3
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,1	1,6	2,6	2,3	2,6	2,6	2,5	2,6	2,8	2,7

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ²⁾ Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

Abbildung 4: Wirtschaftswachstum in Österreich und im Euro-Raum

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

²⁾ Für die Jahre 2025/26 wurden die Annahmen zur Entwicklung der internationalen Wirtschaft von Schiman-Vukan & Ederer (2025) übernommen. Für die Periode 2027 bis 2030 basieren sie auf einer durch das

WIFO angepassten Variante der Weltprognose von Oxford Economic Forecasting (Global Economic Forecast, Basisszenario) vom 2. September 2025.

Die **USA** profitieren mittelfristig von Standortverlagerungen infolge der Zollpolitik, die im Besonderen energieintensive Industriezweige aus Übersee erwägen, und auch weiterhin von der Verschiebung der europäischen Energienachfrage von russischem Erdgas zu Flüssiggas (LNG). Gebremst wird das Wirtschaftswachstum in den USA von einer Verringerung des Arbeitskräftepotenzials

infolge des restriktiveren Zugangs zum dortigen Arbeitsmarkt. Am stärksten wird dies arbeitsintensive Produktionsbereiche (z. B. die Landwirtschaft) und die Dienstleistungen (z. B. persönliche Dienstleistungen, Beherbergung und Gastronomie) treffen. Alles in allem wird die Wirtschaft der USA im Zeitraum 2026/2030 um durchschnittlich rund 2% p. a. expandieren (Ø 2010/2019 +2,4% p. a.).

2. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich

2.1 Gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Aufbauend auf der kurzfristigen Konjunkturprognose für 2025/26 (Schiman-Vukan & Ederer, 2025, in diesem Heft) und auf Basis der Annahmen zur internationalen Entwicklung (Kapitel 1) sowie zur Fiskalpolitik in Österreich (Kapitel 2.5) für die Jahre 2027 bis 2030 wird die Wirtschaftsentwicklung bis 2030 prognostiziert. Es handelt sich um eine modellgestützte Expert:innenprognose unter Einsatz des WIFO-Macromod (Baumgartner et al., 2005). Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Österreich folgt das WIFO in seinen Prognosen einer semi-restriktiven "No-Policy-Change"-Annahme³⁾.

Das **real verfügbare Haushaltseinkommen** dürfte 2025 um ½% sinken. Ein Rückgang der im langjährigen Vergleich (Ø 2010/2019: 8,0%) hohen Sparquote der privaten Haushalte um 1 Prozentpunkt von 11,7% 2024 auf 10,7% ermöglicht dennoch eine Zunahme des **privaten Konsums** um ½%. (Schiman-Vukan & Ederer, 2025). Die private Konsumnachfrage wird im gesamten Prognosezeitraum 2026/2030 die wichtigste Wachstumsstütze darstellen. Ermöglicht wird dies durch die hohe Ersparnisbildung der Vorjahre und die etwas günstigere Konjunktur, die mit einem anhaltenden Rückgang der Arbeitslosigkeit einhergeht (siehe Kapitel 2.3). Die Sparquote geht bis 2030 auf 8¼% zurück und nähert sich damit wieder dem Vorkrisenniveau von 2019 (Übersicht 2, Abbildungen 5 und 6).

Die **Warenexporte** entwickeln sich üblicherweise im Einklang mit der internationalen

Konjunktur und der inländischen Industrieproduktion. Für 2026/2030 wird für die wichtigsten Zielregionen ein durchschnittliches jährliches Marktwachstum von 1¼% unterstellt (siehe Kapitel 1). Die Exporte (i. w. S.) nehmen jährlich um 2,0% zu (Ø 2010/2019 +4,4% p. a., Übersicht 3). Die **Importe** i. w. S. hängen von der Inlandskonjunktur, den Exporten sowie der Nachfrage nach Investitions- und dauerhaften Konsumgütern ab. Das Importwachstum wird in den Jahren 2026 bis 2030 voraussichtlich ebenfalls 2% p. a. betragen. Der Überschuss im Außenbeitrag verringert sich von 1¼% (2025) auf 1½% des nominellen BIP (2030).

Die **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstiger Anlageinvestitionen) gingen 2024 um 2,8% zurück und stagnieren 2025. Darin spiegeln sich die Rezession, die Unsicherheit über die künftige Nachfrageentwicklung sowie die erschwerte Innenfinanzierung der Unternehmen infolge geringerer Bruttobetriebsüberschüsse und hoher Zinssätze. Mit der internationalen Konjunkturerholung, der Senkung des Körperschaftsteuersatzes sowie der Einführung eines (Öko-)Investitionsfreibetrages sollte sich verzögert auch das Investitionswachstum etwas beschleunigen. Der Umstieg auf eine CO₂-ärmere Produktionsweise erfordert zwar verstärkte Investitionen in die Energiewende, angesichts der geopolitischen Unsicherheit, der Verschlechterung der Lohnstückkostenposition gegenüber wichtigen europäischen Mitbewerbern (siehe Kapitel 2.4) und der im EU-Vergleich höheren Preise für Strom und Erdgas⁴⁾ dürfte jedoch insbesondere die heimische Industrie weiter zurückhaltend investieren (2026/2030 +2¼% p. a.).

Auf die Rezession und die Stagnation der Jahre 2023/2025 folgt eine fragile Erholung; das mittelfristige Wirtschaftswachstum beträgt voraussichtlich 1% p. a.

Gestützt vom Rückgang der Sparquote zieht der private Konsum nach der rezessionsbedingten Schwächephase wieder an und wächst über den Prognosehorizont 2026/2030 um durchschnittlich +1% p. a.

³⁾ Im Allgemeinen werden nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen berücksichtigt. Unter bestimmten Umständen wird von dieser Regel abgewichen (daher semi-restriktiv): Erstens dann, wenn der Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess bereits weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse, wenn für deren Umsetzung eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint) und zwei-

tens, wenn zur betreffenden Regelung sowohl ein klarer Zeitplan und auch hinreichend detaillierte Informationen vorliegen, die eine quantitative Einschätzung ermöglichen.

⁴⁾ Siehe die europäische Energiepreisstatistik von Eurostat für Unternehmen: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nrg_pc_205/default/table?lang=de und https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nrg_pc_203/default/table?lang=de.

Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2030	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Veränderung in % p. a.										
Bruttoinlandsprodukt										
Real	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,1	- 0,7	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9
Nominell	+ 3,3	+ 6,1	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,9
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 5,1	+ 2,2	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 4,2	+ 2,0	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,5	+ 6,5	+ 3,0	+ 7,4	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,6
Pro Kopf, real ²⁾	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 3,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6
In %										
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,6	5,4	5,2	5,2	5,7	5,5	5,3	5,2	5,0	4,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,0	6,6	7,0	7,5	7,3	7,0	6,6	6,3	5,9
In % des BIP										
Außenbeitrag	3,2	1,3	1,6	2,5	1,8	1,7	1,6	1,5	1,5	1,5
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition										
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 1,5	- 4,1	- 3,8	- 4,7	- 4,2	- 3,9	- 4,0	- 3,8	- 3,7	- 3,7
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,4	- 3,9	- 3,5 ⁷⁾	- 4,0	- 3,4	- 3,3	- 3,6	- 3,6	- 3,7	-
WIFO-Methode ⁸⁾	- 1,5	- 3,9	- 3,4	- 4,0	- 3,3	- 3,2	- 3,6	- 3,4	- 3,4	- 3,4
Struktureller Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,1	- 3,9	- 3,5 ⁷⁾	- 4,0	- 3,4	- 3,3	- 3,6	- 3,6	- 3,7	-
WIFO-Methode ⁸⁾	- 1,2	- 3,9	- 3,4	- 4,0	- 3,3	- 3,2	- 3,6	- 3,4	- 3,4	- 3,4
Staatsschuld	81,1	79,9	85,7	79,9	81,5	83,1	84,5	85,7	87,0	88,3
In % des verfügbaren Einkommens										
Sparquote der privaten Haushalte	8,0	10,3	9,5	11,7	10,7	10,3	9,9	9,4	9,1	8,8
Veränderung in % p. a.										
Trendoutput, real										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8 ⁷⁾	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	-
WIFO-Methode ⁸⁾	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0
In % des Trendoutputs										
Outputlücke, real										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 0,1	- 0,5	- 0,6 ⁷⁾	- 1,3	- 1,5	- 1,1	- 0,8	- 0,4	± 0,0	-
WIFO-Methode ⁸⁾	- 0,0	- 0,4	- 0,8	- 1,3	- 1,6	- 1,2	- 0,8	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Veränderung in % p. a.										
Treibhausgasemissionen	- 0,0	- 2,3	- 3,0	- 2,6	- 0,5	- 1,8	- 2,9	- 3,2	- 3,4	- 3,6
Mio. t CO ₂ -Äquivalent	81,0	70,8	61,5	66,9	66,6	65,4	63,5	61,5	59,4	57,3

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2025. – ⁷⁾ Ø 2026/2029. – ⁸⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Die Abschwächung der Baukonjunktur, die schon im 2. Halbjahr 2022 eingesetzt hatte, führte 2023 (-4,5%) und 2024 (-5,9%) zu einem Einbruch der **Bauinvestitionen**. Er traf vor allem den Wohnbau: durch die hohe Teuerung sanken die real verfügbaren Haushaltseinkommen und der Realwert der Ersparnisse, während die deutlich höheren Baupreise, die verschärften Kreditvergaberegeln und die gestiegenen Kreditzinssätze die

Finanzierung von Wohnraum erschwerten und somit die Wohnbaunachfrage dämpften (Baumgartner et al., 2023). Für 2025 erwartet das WIFO eine weitere Abnahme der Bauinvestitionen um ½%. Mit dem Rückgang der Zinsen, der allgemeinen Konjunkturbelebung und aufgrund von Nachholeffekten dürfte sich die Baunachfrage mittelfristig leicht erholen (2026/2030 +0,7% p. a.).

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2030	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
	Veränderung in % p. a.									
Konsumausgaben	+ 0,8	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,9	+ 2,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0
Staat	+ 0,7	+ 2,6	+ 0,2	+ 3,8	+ 1,0	± 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,5	- 0,1	+ 1,6	- 4,3	- 0,3	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,2
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,8	+ 1,5	+ 2,3	- 2,8	- 0,1	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,6
Bauten	+ 1,1	- 1,8	+ 0,7	- 5,9	- 0,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,7
Inländische Verwendung	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,1	- 0,8	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9
Exporte	+ 4,4	+ 3,0	+ 2,0	- 2,3	- 0,4	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1
Importe	+ 4,2	+ 2,9	+ 2,0	- 2,6	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,1	- 0,7	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

2.2 Trendoutput und Outputlücke

Das Wachstum des **Trendoutputs** ist jener Wertschöpfungszuwachs, den eine Volkswirtschaft bei durchschnittlicher Auslastung der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit mittelfristig erzielt. Der Trendoutput wird durch das Arbeitsvolumen, die Kapitalakkumulation und die Gesamtfaktorproduktivität (TFP) bestimmt. Die Trendentwicklung des Arbeitsvolumens ergibt sich aus der Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der Erwerbsquote, der strukturellen Arbeitslosenquote und dem Stundeneinsatz je Beschäftigten. Die strukturelle Arbeitslosenquote (Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment – NAWRU) geht mit einer konstanten Lohninflation einher und hängt von institutionellen und strukturellen Faktoren auf dem Arbeitsmarkt ab. Das TFP-Wachstum entspricht jenem Teil des Trendwachstums, der durch den Einsatz von Arbeit und Kapital nach Berücksichtigung konjunktureller Schwankungen nicht erklärt werden kann (Solow-Residuum, Abbildung 7).

Die **Outputlücke** als prozentuelle Abweichung des BIP vom Trendoutput ist ein Maß für die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung. Bei einer unterdurchschnittlichen Auslastung der Produktionsfaktoren ist die Outputlücke negativ und deutet auf einen sinkenden Inflationsdruck hin. Umgekehrt signalisiert eine positive Outputlücke eine überdurchschnittliche Auslastung und steigenden Preisdruck.

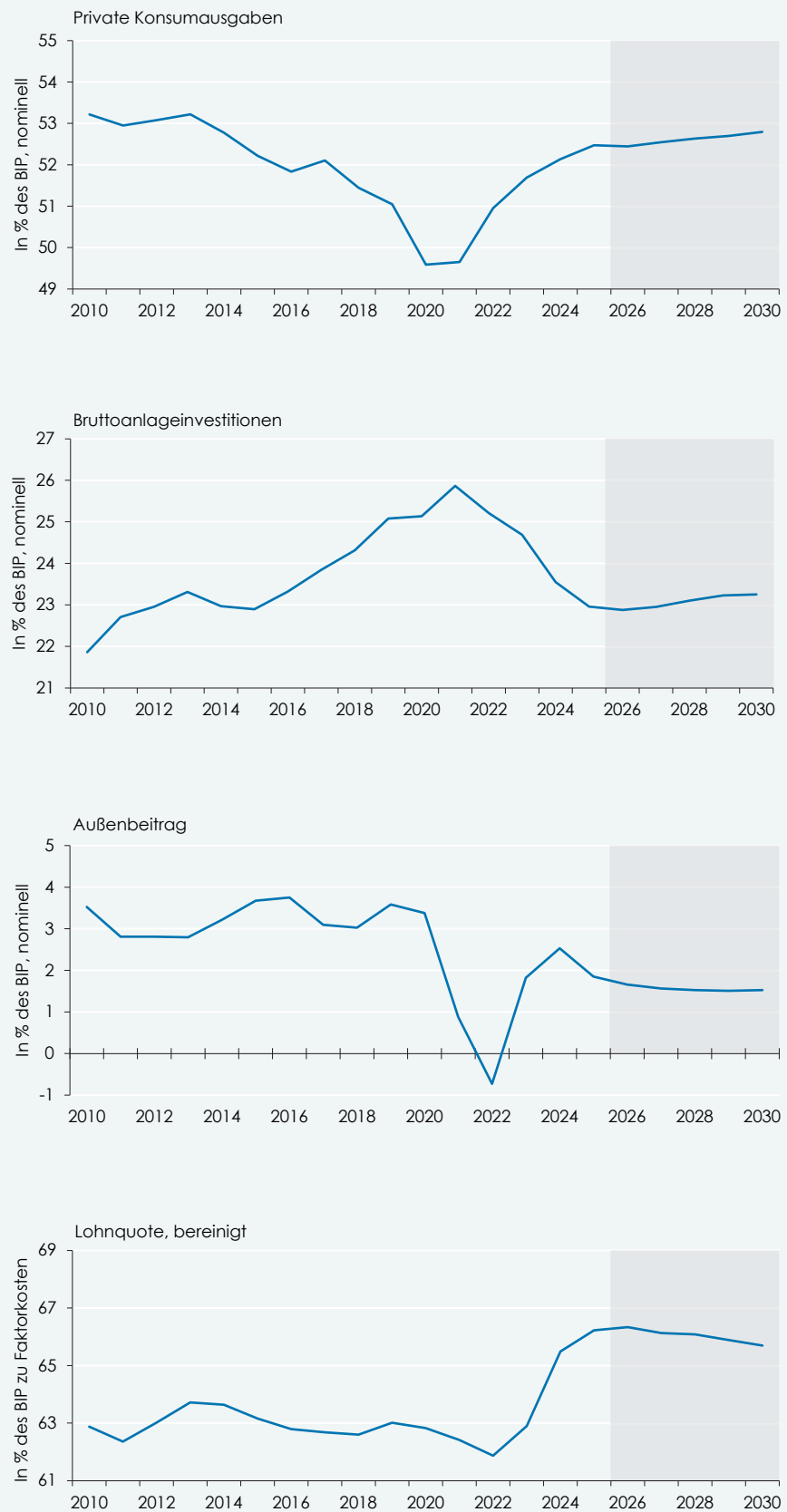
Der Trendoutput ist nicht direkt beobachtbar und wird daher mit ökonometrischen Verfahren auf Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für 1976/2024 und der WIFO-Prognose für 2025/26 geschätzt. Solche Schätzungen sind mit erheblicher Unsicherheit behaftet, da sowohl die VGR-Daten als auch Prognosen Revisionen unterliegen. Statistik Austria (2025a) revidierte im Zuge der VGR-Jahresrechnung für

das Jahr 2024 das durchschnittliche Wirtschaftswachstum 2021/2023 um 0,1 Prozentpunkt p. a. nach oben. Für 2024 wurde das Wachstum des realen BIP gegenüber der vorläufigen vierteljährlichen VGR von März 2025 um ½ Prozentpunkt angehoben. Ausgehend von dieser Datenlage hat das WIFO seine Prognose des BIP-Wachstums für 2025 um ½ Prozentpunkt nach oben und für 2026 um 0,1 Prozentpunkte nach unten revidiert.

Die Europäische Kommission schätzt den Trendoutput mit einem Produktionsfunktionsansatz, der Konjunkturschwankungen auf dem Arbeitsmarkt und in der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung berücksichtigt (Havik et al., 2014). Die WIFO-Schätzung nach der Methode der Europäischen Kommission ergibt für 2026/2029 ein durchschnittliches Trendwachstum von 0,8% p. a., was gegenüber der WIFO-Prognose vom März 2025 (Baumgartner & Kaniowski, 2025) einer Aufwärtsrevision um 0,2 Prozentpunkte entspricht. Die Revision ist einem höheren Beitrag der beiden Komponenten Arbeit und TFP von jeweils +0,1 Prozentpunkt geschuldet. Die Europäische Kommission schätzte in ihrer Prognose vom Mai 2025 das mittelfristige Trendwachstum in Österreich auf 0,6% p. a. (Ø 2026/2029; Europäische Kommission, 2025). Nach der Methode der Europäischen Kommission ist die Outputlücke seit 2024 negativ, was auf eine gesamtwirtschaftliche Unterauslastung hinweist. In den Jahren 2026 bis 2029 wird die Outputlücke gemäß der technischen Annahme der Kommission geschlossen.

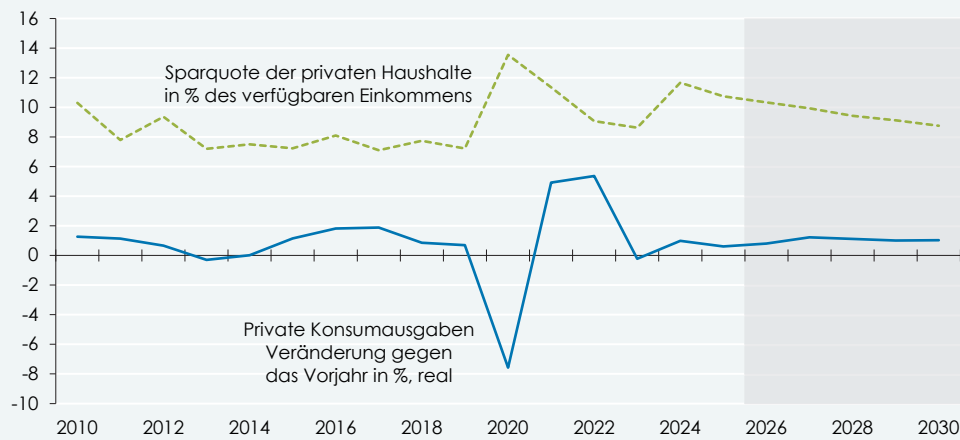
Übersicht 4 vergleicht die aktuelle WIFO-Schätzung laut der Methode der Europäischen Kommission mit deren eigener Schätzung vom Mai 2025, zerlegt in die Beiträge der TFP, der Arbeit und des Kapitals. Laut der WIFO-Schätzung ist der Beitrag der TFP im Ø 2026/2029 um 0,2 Prozentpunkte höher als laut der Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission.

Abbildung 5: **Nachfrage und Einkommen**



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 6: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs

		Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2030	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Methode der Europäischen Kommission¹⁾											
BIP, real (implizit)	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,2 ²⁾	- 0,7	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	-
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8 ²⁾	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	-
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2 ²⁾	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	-
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3 ²⁾	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	-
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3 ²⁾	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	-
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,1	- 0,5	- 0,6 ²⁾	- 1,3	- 1,5	- 1,1	- 0,8	- 0,4	± 0,0	-
WIFO-Methode³⁾											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,1	- 0,7	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,0	- 0,4	- 0,8	- 1,3	- 1,6	- 1,2	- 0,8	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Schätzung der Europäischen Kommission (Frühjahr 2025)											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,0 ²⁾	- 1,2	- 0,3	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	-
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,6 ²⁾	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	-
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2 ²⁾	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	-
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3 ²⁾	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	-
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1 ²⁾	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	-
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,1	- 0,4	- 0,5 ²⁾	- 1,2	- 1,7	- 1,1	- 0,7	- 0,4	± 0,0	-

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2025. – ²⁾ Ø 2026/2029. – ³⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

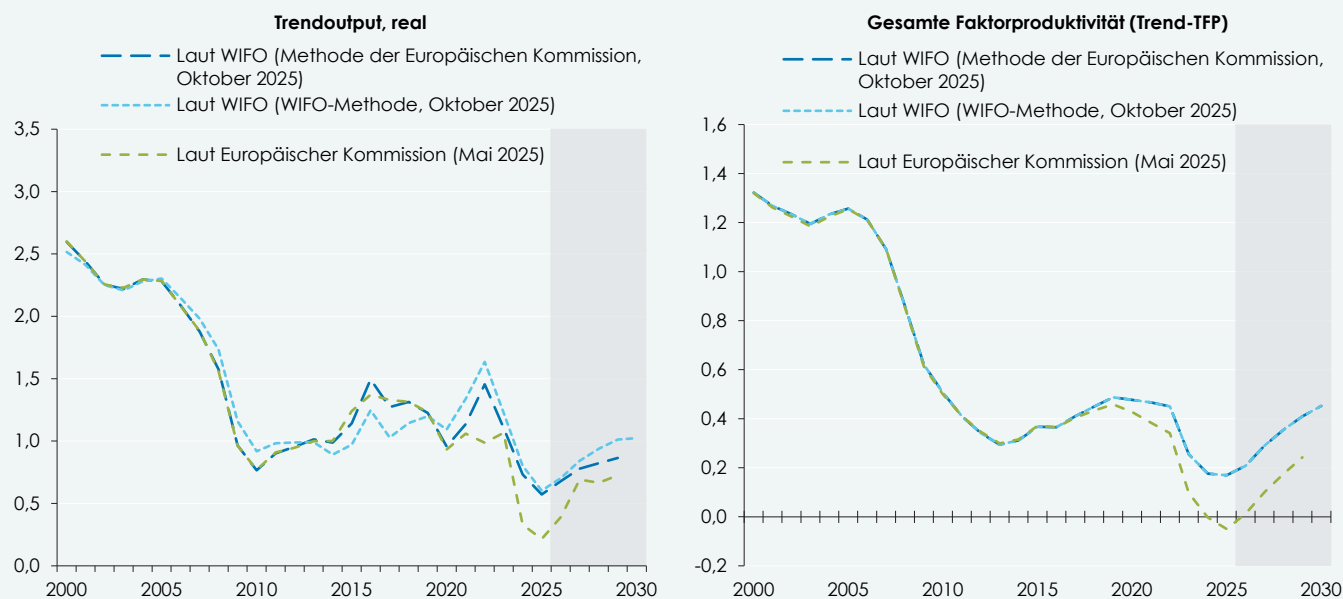
Die WIFO-Schätzung gemäß der Methode der Europäischen Kommission unterstellt ausgehend von -1,5% (2025) eine Schließung der Outputlücke bis Ende 2030 (Abbildung 8). In einer alternativen Schätzung ermittelt das WIFO eine Outputlücke, wie sie sich aus der mittelfristigen BIP-Prognose und dem geschätzten Trendoutput endogen ergibt. Darüber hinaus werden in dieser Variante die Erwerbsquote und die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden stärker ge-

glättet, um die Prozyklizität des geschätzten Produktionspotenzials zu verringern (Maidorn, 2018; EU Independent Fiscal Institutions, 2019, 2022). Diese Schätzung gemäß **WIFO-Methode** ergibt ein durchschnittliches **Trendwachstum von 0,9% p. a. (2026/2030)**. **Die Outputlücke verringert sich** von -1,6% (2025) bis zum Ende des Prognosezeitraums auf -0,6%, **schließt sich jedoch nicht**.

Das WIFO erwartet für den Prognosezeitraum ein Trendwachstum von 0,9% pro Jahr (laut WIFO-Methode). Die Outputlücke (2025 -1,6%) verringert sich bis 2030 auf -0,6%, weil das erwartete reale BIP-Wachstum bis 2030 leicht über dem Trendwachstum liegt.

Abbildung 7: **Entwicklung des realen Trendoutputs und der gesamten Faktorproduktivität (Trend-TFP)**

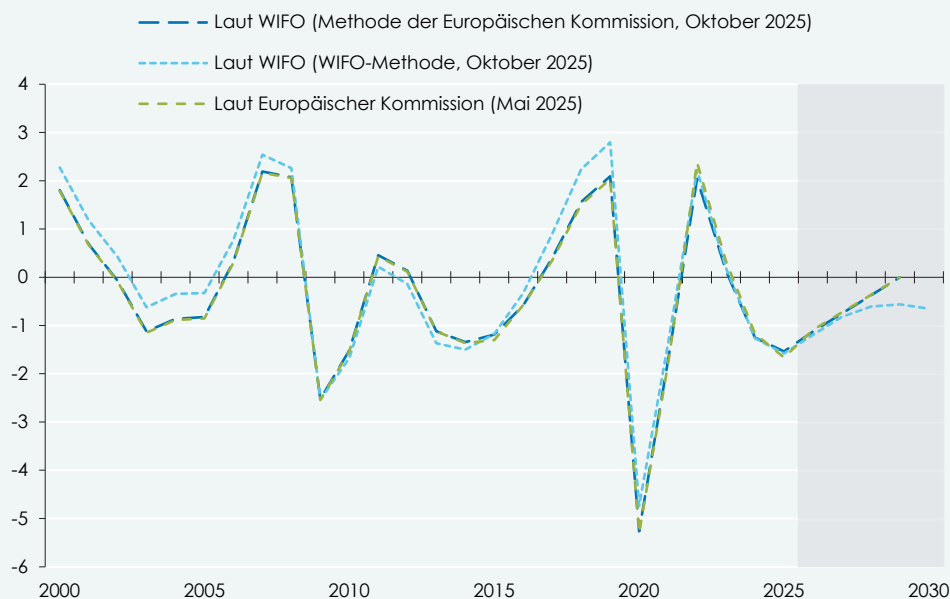
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2025.

Abbildung 8: **Outputlücke**

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2025.

2.3 Arbeitsmarkt

Die Nachwirkung der Rezession lässt die unselbständige aktive **Beschäftigung** im laufenden Jahr beinahe stagnieren (+0,2%). Mit der Konjunkturerholung verstärkt sich der Zuwachs 2026/2030 auf ¾% p. a. (Übersicht 5). Der demografische Wandel verschärft im Prognosezeitraum die Arbeitskräfteknappheit. Die Erwerbsbevölkerung (15 bis 65 Jahre) schrumpft ab 2025 um durchschnittlich 0,4% p. a., wodurch sich das Wachstum des **Arbeitskräfteangebotes** von 0,6% (2025) auf 0,2% (2030) abschwächen wird. Dass das Arbeitskräfteangebot trotz der ungünstigen demografischen Entwicklung noch leicht wachsen wird, liegt an der Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren, die u. a. aus der schrittweisen

Anhebung des Regelpensionsalters der Frauen ab 2024 und der Erhöhung des Eintrittsalters für die Korridorpension von 62 auf 63 Jahre folgt.

Zusätzlich unterstellt das WIFO einen anhaltenden Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebotes. Er wird u. a. durch Einpendler:innen aus dem angrenzenden Ausland und Vertriebene aus der Ukraine getragen, die zunehmend in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert werden. Je nach Verlauf des Ukraine-Krieges könnte der Zustrom an Flüchtlingen noch zunehmen bzw. sich die Aufenthaltsdauer in Österreich verlängern. Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung dürfte bis 2030 auf 29½% ansteigen (2010: 13,8%).

Die Arbeitslosenquote dürfte nach der wirtschaftlichen Schwächephase der letzten Jahre bis 2030 auf 5,9% zurückgehen (2025: 7½%), da sich die Konjunktur etwas belebt und das Arbeitskräfteangebot kaum mehr zunimmt.

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen, Preise

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2030	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
	In %									
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen ¹⁾	5,6	5,4	5,2	5,2	5,7	5,5	5,3	5,2	5,0	4,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,0	6,6	7,0	7,5	7,3	7,0	6,6	6,3	5,9
	Veränderung in % p. a.									
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ²⁾	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ³⁾	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6
Selbständige ⁴⁾	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Arbeitslose	+ 1,5	- 4,8	- 4,2	+10,0	+ 7,4	- 1,9	- 3,8	- 4,5	- 5,2	- 5,4
Produktivität ⁵⁾	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	- 1,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Lohn- und Gehaltssumme ⁶⁾	+ 3,5	+ 6,5	+ 3,0	+ 7,4	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,6
Pro Kopf, real ⁷⁾	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 3,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 1,7	+ 4,5	+ 1,8	+ 8,0	+ 3,7	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 5,1	+ 2,2	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 4,2	+ 2,0	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ³⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁴⁾ Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ⁵⁾ BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁶⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁷⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

Da geburtenstarke Jahrgänge ins Pensionsalter vorrücken und jüngere Kohorten schwächer besetzt sind, wird der Abfluss aus der Beschäftigung den Zufluss an neuen Arbeitskräften deutlich übersteigen (Horvath et al., 2022). Neben dieser quantitativen Angebotsverknappung wird sich in vielen Branchen auch der qualitative Mismatch verschärfen: Während vornehmlich Beschäftigte mit mittlerer Ausbildung (z. B. Lehrabschluss und betrieblicher Weiterbildung) aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, verfügen die neu eintretenden Arbeitskräfte deutlich öfter über höhere Ausbildungsabschlüsse. Insbesondere im Handwerk und im Handel dürfte es damit immer schwieriger werden, geeignetes Personal bzw. Lehrlinge zu finden (Horvath et al., 2024). Sollte der seit rund 15 Jahren beobachtete Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je

Erwerbstätigen anhalten oder sich sogar verstärken, würde dies das Arbeitsangebot zusätzlich schmälern (Statistik Austria, 2025b).

Die mittelfristige Verknappung des Arbeitskräfteangebotes dämpft zwar das Trendwachstum, verringert aber auch die **Arbeitslosigkeit**: Die Arbeitslosenquote wird von 7,5% im Jahr 2025 bis 2030 auf voraussichtlich 5,9% zurückgehen.

2.4 Inflation und Löhne

Der Anstieg der **Verbraucherpreise** (gemäß VPI) wird **2025** mit **3½%** (III. Quartal 2025: 4%) wieder deutlich lebhafter ausfallen als noch zum Jahresende 2024 (IV. Quartal 2024: 2%) und erneut kräftiger sein als im Euro-Raum (2025: 2%). Dafür sind vor allem das Auslaufen von inflationsdämpfenden Maßnahmen

Die Inflation erreicht Mitte 2027 den Zielwert der EZB und dürfte bis 2030 bei 2% verharren.

Der Anstieg der Bruttoreallöhne pro Kopf verlangsamt sich von 0,5% im Jahr 2026 bis zum Ende der Prognoseperiode auf 0,1%.

im Bereich Haushaltsenergie (Strompreisbremse, Ökostromförderbeiträge, Energieabgaben) sowie eine markante Erhöhung der Netzentgelte für Strom und Gas verantwortlich, die über Basiseffekte die Inflationsrate im laufenden Jahr um rund 1 Prozentpunkt erhöhen. Daneben hat auch die öffentliche Hand bestimmte Tarife und Gebühren markant angehoben (Baumgartner, 2025). Zusätzlich ist in Österreich der Preisauftrieb bei Dienstleistungen deutlich ausgeprägter als in anderen Euro-Ländern, wofür neben den höheren Energiepreisen vor allem der wesentlich kräftigere Anstieg der Arbeitskosten verantwortlich ist.

Mit dem Wegfall der oben benannten Basiseffekte zu Jahresbeginn 2026 wird der Beitrag des Bereiches Strom zur Gesamtinflation um $\frac{1}{4}$ bis 1 Prozentpunkt zurückgehen. Andererseits ist 2026 ein weiterer Anstieg der öffentlichen Tarife und Gebühren zu erwarten. Teilweise wurden entsprechende Erhöhungen bereits angekündigt (Ticketpreise für den öffentlichen Personennahverkehr und Parkgebühren in Wien, E-Card-Gebühr). Das WIFO unterstellt, dass die Gebietskörperschaften aufgrund des Budgetkonsolidierungsdrucks ihre Spielräume bei der Gestaltung der Tarife und Gebühren größtmöglich ausreizen werden.

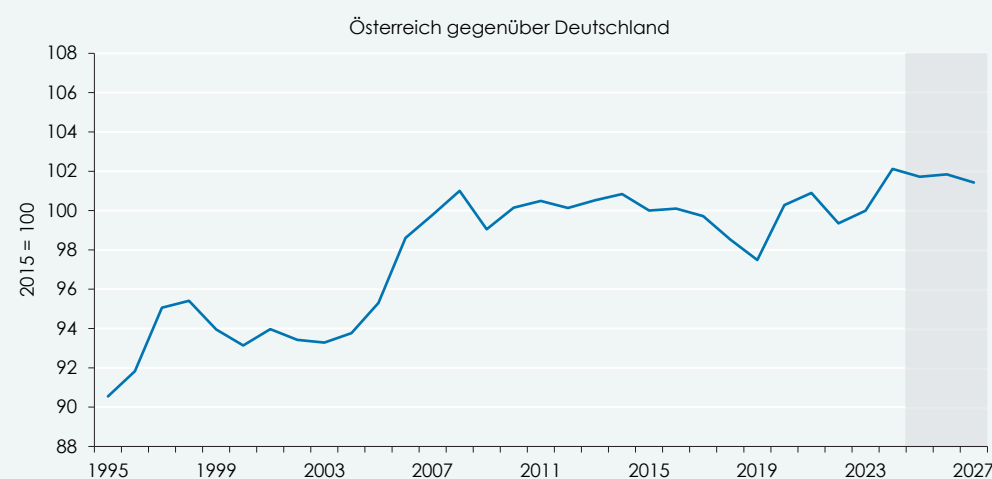
In Österreich liegt den zeitlich gestaffelten Tarifverhandlungen (Bittschi, 2023) üblicherweise die Inflationsrate der letzten 12 Monate (rollierende Inflation) zugrunde. Infolge der Abschwächung der Lohnsteigerungen dürften die arbeitsintensiven Dienstleistun-

gen 2026 weniger stark zur Teuerung beitragen. Die Gesamtinflation dürfte somit **2026** bei **2½%** zu liegen kommen, durch das weitere Nachlassen der Preis-Lohn-Preis-Überwälzungen bei Dienstleistungen bis **Mitte 2027** den EZB-Zielwert von **2%** erreichen und sich **mittelfristig stabilisieren** (Übersicht 5).

Für die Jahre 2025 (+0,5%) bis 2030 (+0,1%) erwartet das WIFO eine Verlangsamung der **Bruttoreallohnsteigerungen pro Kopf**, da der Preisauftrieb abnimmt und sich der Abstand zwischen der rollierenden Inflation (als Grundlage der Lohnforderungen) und der erwarteten Inflation im Folgejahr verkleinern wird. Zusätzlich dämpft der langfristige Strukturwandel, der einen Beschäftigungsabfluss von der güterproduzierenden Industrie (mit höherem durchschnittlichem Lohnniveau) zu den Dienstleistungen mit sich bringt, den Lohnzuwachs. Die Reallöhne (pro Kopf, 2026/2030 +¼% p. a.) dürften daher im Prognosezeitraum schwächer wachsen als die Produktivität (+½% p. a.).

Die Lohnzuwächse in den Jahren 2023/24 haben die **Lohnstückkosten** (2023/24 +8¼% p. a.) in Österreich markant und nachhaltig erhöht, wodurch sich die **relative Lohnstückkostenposition** gegenüber den europäischen Handelspartnern zwei Jahre in Folge deutlich verschlechtert hat (Bittschi & Meyer, 2025, in diesem Heft). Bis 2026 dürfte sie sich vor allem gegenüber Deutschland nicht verbessern, was die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Industrie anhaltend belasten wird (Abbildung 9)⁵⁾.

Abbildung 9: Entwicklung der relativen Lohnstückkosten



Q: Statistik Austria, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2025), WIFO-Berechnungen.

⁵⁾ Diese Einschätzung fußt auf einem Vergleich der Lohnstückkosten auf der Basis der vorliegenden WIFO-Prognose und der Gemeinschaftsdiagnose (2025) für Deutschland. Für einen Vergleich mit einer größeren

Ländergruppe wären die Länderprognosen der Europäischen Kommission oder der OECD geeignete Quellen, diese werden aber erst nach der Fertigstellung dieses Beitrages veröffentlicht.

2.5 Öffentlicher Sektor

Die Entwicklung des **Staatshaushaltes** wird in den kommenden Jahren stark durch die notwendige fiskalische Konsolidierung im Rahmen des EU-Defizitverfahrens geprägt sein. Gleichzeitig erschweren die hohen, durch die demografische Entwicklung bedingten Transferausgaben und die notwendigen öffentlichen Investitionspakete im Zusammenspiel mit einer nur schwachen Konjunkturerholung einen raschen Konsolidierungserfolg. Wenngleich sich der Anstieg der Verbraucherpreise im Prognosezeitraum deutlich verlangsamen wird, bleiben die budgetären Herausforderungen durch verschiedene strukturelle Faktoren (Alterung der Bevölkerung, Ausbau der Kinderbetreuung, Klimawandel, geopolitische Risiken) bestehen. Die Entlastung der öffentlichen Haushalte durch das Auslaufen der im Zuge der Teuerungs- und Energiepreiskrise ergriffenen Unterstützungsmaßnahmen und die bereits

im Doppelbudget 2025/26 beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen wird zwar spürbar sein, doch stehen einer nachhaltigen Verbesserung der Budgets hohe Belastungen durch die demografischen Trends und die steigenden Finanzierungskosten entgegen. Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungssalden dürften im Prognosezeitraum daher deutlich negativ bleiben.

Für das Jahr **2025** erwartet das WIFO einen **Finanzierungssaldo von –4,2% des BIP**, der sich 2026 moderat auf –3,9% verbessert. Ohne ein weiteres Gegensteuern durch die Fiskalpolitik wird Österreich die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes auch in den Folgejahren bis 2030 verfehlen, zumal auf Grundlage der bisher beschlossenen Maßnahmen lediglich eine Stabilisierung bei –3¼% des BIP zu erwarten ist (Abbildung 10). Die Staatsschulden werden bis 2030 88,3% der nominellen Wirtschaftsleistung erreichen.

Das gesamtwirtschaftliche Defizit liegt im Prognosezeitraum mit durchschnittlich 3¼% des nominellen BIP über den Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Die Staatsschuldenquote dürfte von 81½% (2025) bis 2030 auf 88¼% des BIP steigen.

Übersicht 6: Staat

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2030	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Veränderung in % p. a.										
Laufende Einnahmen	+ 3,4	+ 6,9	+ 3,1	+ 5,3	+ 4,6	+ 3,5	+ 2,6	+ 3,6	+ 2,9	+ 2,9
Laufende Ausgaben	+ 2,2	+ 5,3	+ 2,9	+ 9,3	+ 3,7	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,9
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,3	+ 6,1	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,9
In % des BIP										
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	– 1,5	– 4,1	– 3,8	– 4,7	– 4,2	– 3,9	– 4,0	– 3,8	– 3,7	– 3,7
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	– 1,4	– 3,9	– 3,5	– 4,0	– 3,4	– 3,3	– 3,6	– 3,6	– 3,7	–
WIFO-Methode ³⁾	– 1,5	– 3,9	– 3,4	– 4,0	– 3,3	– 3,2	– 3,6	– 3,4	– 3,4	– 3,4
Struktureller Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	– 1,1	– 3,9	– 3,5	– 4,0	– 3,4	– 3,3	– 3,6	– 3,6	– 3,7	–
WIFO-Methode ³⁾	– 1,2	– 3,9	– 3,4	– 4,0	– 3,3	– 3,2	– 3,6	– 3,4	– 3,4	– 3,4
Staatsschuld	81,1	79,9	85,7	79,9	81,5	83,1	84,5	85,7	87,0	88,3

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2025. – ²⁾ Ø 2026/2029. – ³⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Die **Staatsausgabenquote** wird sich nach einem sprunghaften Anstieg von 52,2% (2023) auf 55,2% des BIP (2024) bis 2030 auf einem hohen Niveau von etwa 54¼% der Wirtschaftsleistung einpendeln. Sie bleibt somit dauerhaft über dem Niveau der Staatseinnahmen, die sich stabil bei etwa 51% des BIP bewegen werden.

Auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen werden die Staatsausgaben in den kommenden Jahren durch die dringende fiskalische Konsolidierung bei weiterhin hohem Investitionsbedarf geprägt sein. Letzterer ergibt sich insbesondere durch die Wohnraum- und Bauoffensive, Klimaschutzmaßnahmen, Nachholbedarfe bei der Landesverteidigung sowie das kommunale Investitionspaket. Der prognostizierte Ausgaben-

pfad ab 2026 ist neben den genannten Investitionen auch auf das anhaltend dynamische Wachstum monetärer Sozialleistungen – insbesondere die Ausgaben für Pensionen und Pflege – zurückzuführen, die 2026/2030 trotz nachlassenden Preisauftriebs um durchschnittlich 3,5% pro Jahr bzw. bis 2030 auf 20,4% des BIP steigen werden (2024: 19,6%). Auch die Zinsausgaben, die von 1,5% (2024) bis 2030 auf 2,3% des BIP anwachsen, tragen zu den hohen Defiziten bei. Die gesamten Staatsausgaben steigen 2026/2030 um durchschnittlich 2,9% pro Jahr.

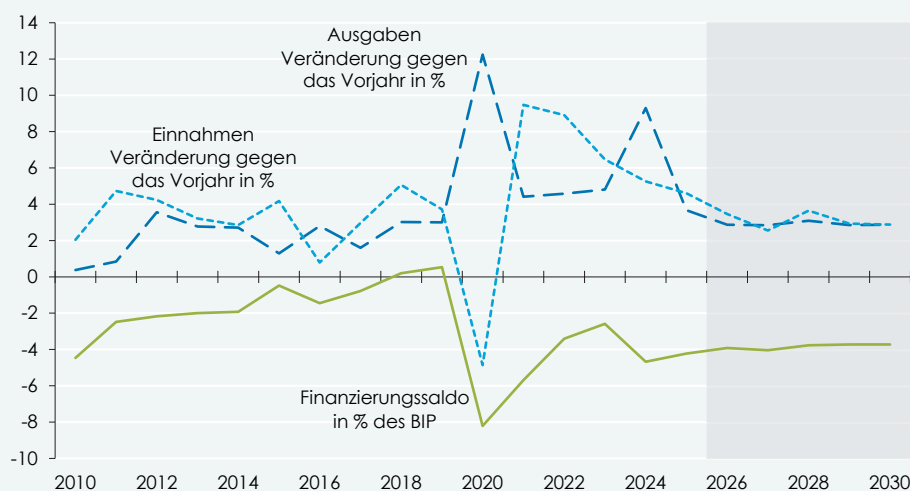
Auf der **Einnahmenseite** zeigen sich die dämpfenden Wirkungen der ab 2023 eingeführten Anpassung der Tarifgrenzen und Absetzbeträge in der Lohn- und Einkommenssteuer an die Inflation ("Ausgleich der kalten

Progression"), abgemildert durch die Aussetzung der Anpassung eines Drittels im Zuge der Konsolidierungsmaßnahmen. Die Einnahmen aus direkten Steuern (Einkommen- und Vermögenssteuern) wachsen 2026/2030 um durchschnittlich 3,5% p. a. und damit weit langsamer als im Zeitraum 2021/2025 (+8,0% p. a.). Das ist auch darauf zurückzuführen, dass die Körperschaftsteuereinnahmen angesichts der verhaltenen Gewinnentwicklung deutlich langsamer zulegen werden als in den vergangenen Jahren. Bei moderateren Lohnabschlüssen verringert sich auch die Einnahmendynamik bei den Sozialabgaben, die 2026/2030 nur mehr um 3,0% p. a. wachsen werden. Die Prognose der indirekten Steuern (Produktions- und Importabgaben) fällt mit +3,0% p. a. (2026/2030) ebenfalls verhalten aus. Hierbei fällt insbesondere der einmalige Einnahmenausfall aus den CO₂-Abgaben im Jahr 2027 ins Gewicht, welcher durch die Überführung in den EU-weiten Emissionshandel entsteht. Alles in allem werden die Staatseinnahmen über den Prog-

nosezeitraum 2026 bis 2030 um 3,1% p. a. wachsen.

Die prognostizierte budgetäre Dynamik stellt eine erhebliche Herausforderung dar, zumal die bisher beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen zwar zu einer Stabilisierung des Defizitpfades führen werden, aber noch nicht ausreichen, um die Vorgaben des EU-Defizitverfahrens einzuhalten. Der Konsolidierungsdruck betrifft allerdings nicht nur den Bund, sondern trotz ihrer derzeit noch vergleichsweise günstigen Verschuldungssituation auch die Bundesländer und Gemeinden, die mittelfristig mit erheblichen strukturellen Herausforderungen (hohe Ausgaben für Gesundheit, Pflege, Klimaschutz, Elementarbildung) konfrontiert sein werden. Die Sanierung der Budgets ist somit eine gesamtstaatliche Aufgabe, für deren nachhaltigen Erfolg das strategische Zusammenwirken aller gebietskörperschaftlichen Ebenen erforderlich ist.

Abbildung 10: **Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates**
Laut Maastricht-Definition



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

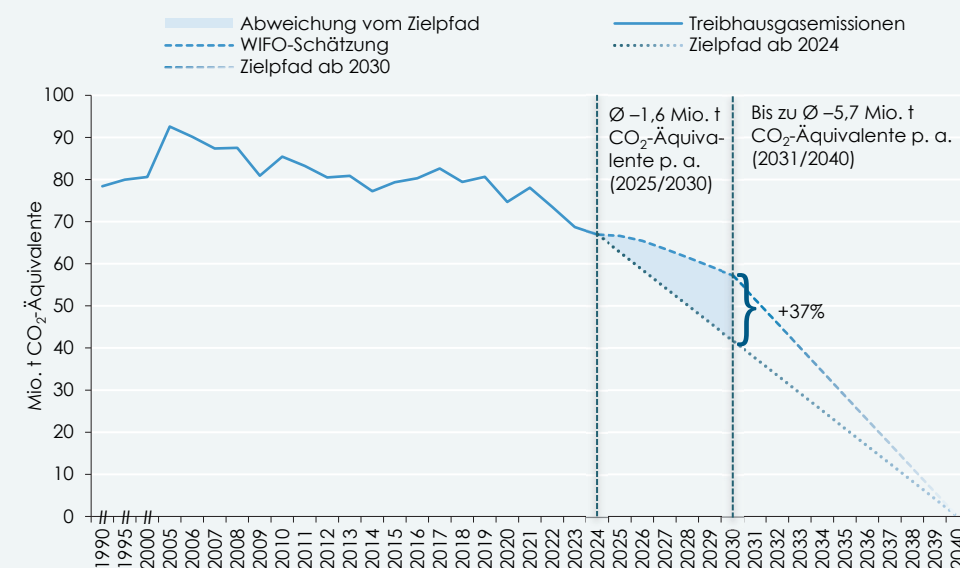
2.6 Treibhausgasausstoß

Für die Abschätzung der mittelfristigen Entwicklung der Treibhausgasemissionen wird das am WIFO entwickelte Modell ALICE (Sommer et al., 2021) verwendet, welches seit 2022 auch für die kurzfristige Prognostik eingesetzt wird.

2025 dürften die **Treibhausgasemissionen** im Vorjahresvergleich nur geringfügig sinken. Emissionserhöhend wirkten die kühleren Wit-

terung zu Jahresbeginn, ein erhöhter Verbrauch fossiler Energieträger in der Raumwärme- und Stromerzeugung, ungünstige Bedingungen für die Produktion von Strom aus Wind- und Wasserkraft sowie eine – im Vorjahresvergleich – stabilere Entwicklung der Stahlerzeugung, die den Kohleeinsatz erhöhte. Auch der Absatz von Benzin liegt bisher leicht über dem Vorjahresniveau. Demgegenüber dürften der Dieselsabsatz deutlich und die Prozessemissionen in der Zementherstellung leicht gesunken sein.

Abbildung 11: Entwicklung der Treibhausgasemissionen bis 2030 und Zielpfad bis 2040



Q: Umweltbundesamt (bis 2024), WIFO-Prognose (2025 bis 2030). Angedeuteter Pfad zur Klimaneutralität laut Regierungsprogramm.

Für die Jahre ab 2026 unterstellt das WIFO eine durchschnittliche Energiegewinnung aus Wind- und Wasserkraft, einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Strom- und Fernwärmeerzeugung und eine rückläufige Verstromung von Erdgas. Daneben dürfte der Anteil elektrisch betriebener Kfz und der Absatz nicht-fossiler Kraftstoffe zunehmen. Zusätzlich dämpfen eine höhere Energieeffizienz und die schwache Konjunktur die Gesamtemissionen. Der schrittweise Umstieg auf eine grüne Stahlproduktion mit Elektrolichtbogenöfen dürfte ab 2027 den Rückgang der Emissionen beschleunigen⁶.

Insgesamt wird der Treibhausgasausstoß im Prognosezeitraum merklich um bis zu 3,6%

3. Prognoserisiken

Große Abwärtsrisiken bergen weiterhin der **Ukraine-Krieg** und der **Nahost-Konflikt**. So könnte eine weitere Verschärfung des Konfliktes mit dem Iran den gesamten Nahen Osten destabilisieren. Dies hätte über Lieferengpässe, höhere Transportkosten und eine deutliche Verteuerung von Rohöl negative Folgen für die Weltwirtschaft. Eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges könnte u. a. verstärkte Fluchtbewegungen, höhere Erdgaspreise und eine Ausweitung der EU-Sanktionen gegen Russland zur Folge haben.

Eine Ausweitung protektionistischer Maßnahmen in den bilateralen **Handelskonflikten** zwischen den USA, China und der EU hätte

p. a. abnehmen. Um die von der Bundesregierung angestrebte Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen, müsste sich der Rückgang allerdings noch deutlich beschleunigen. Ausgehend vom berechneten Niveau 2030 (57 Mio. t CO₂-Äquivalente) müssten die Emissionen in den Folgejahren um knapp 6 Mio. t pro Jahr sinken. Das entspräche einer durchschnittlichen Reduktion um 13% bis 2035 (Abbildung 11). Um dem Zielpfad näher zu kommen, müssten bis zum Ende des Prognosehorizontes 2030 in zumindest vier Bereichen (Mobilität, Raum- und Prozesswärme, Landwirtschaft) stärkere Fortschritte erzielt werden als erwartet.

wegen der Verzahnung der Wertschöpfungsketten ebenfalls negative Folgen für die gesamte Weltwirtschaft.

China ringt weiterhin mit einer hohen Überschuldung von Unternehmen der Immobilienbranche und der Bauwirtschaft⁷). Dies birgt nicht nur Risiken für die chinesische Konjunktur, sondern durch internationale Verflechtungen auch für die globalen Finanzmärkte.

Eine **Okkupation Taiwans durch China** hätte neben geostrategischen und sicherheitspolitischen auch drastische wirtschaftliche Folgen, vor allem für die Industrieländer (z. B.

Der Ukraine-Krieg, die Lage in Nahost und Handelskonflikte im Zusammenhang mit der Zollpolitik der USA bergen weiterhin bedeutende Abwärtsrisiken.

⁶) Ein relevanter Unsicherheitsfaktor ist die Entwicklung der CO₂-Zertifikats- und der Energiepreise. Sie können merklichen Einfluss auf die Emissionsentwicklung haben.

⁷) Zusammen machen diese beiden Sektoren etwa ein Viertel des chinesischen BIP aus.

hinsichtlich der Verfügbarkeit von Highend-Computerchips).

Ein **Eintreten der erwähnten Abwärtsrisiken** würde dazu führen, dass sich die **österreichischen Ausfuhren schwächer entwickeln** als in der Prognose unterstellt. Das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und die Einkommensentwicklung würden in diesem Fall ebenso gedämpft wie das Abgabenaufkommen, während die Staatsausgaben tendenziell höher ausfallen würden als angenommen.

Als Aufwärtsrisiko könnte eine verstärkte Konsumnachfrage im Euro-Raum und in Öster-

reich – getragen von einem deutlicheren Rückgang der Sparquote – das Wirtschaftswachstum beschleunigen.

Aufgrund der "No-Policy-Change"-Annahme unterstellte das WIFO in der vorliegenden Prognose keine zusätzlichen Maßnahmen oder Reformen, um die Neuverschuldung auf bzw. nachhaltig unter das 3%-Ziel zu senken. Abhängig von den getroffenen Maßnahmen hätte dies auch Rückwirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung; das BIP-Wachstum würde dadurch tendenziell niedriger ausfallen als in dieser Prognose dargestellt.

4. Literaturhinweise

- Baumgartner, J. (2025). WIFO-Inflationsprognose 2025/26 vom Oktober 2025. *WIFO Research Brief*, (12). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/63049664>.
- Baumgartner, J., Bierbaumer, J., & Bilek-Steindl, S. (2023). Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen". *WIFO-Monatsberichte*, 96(1), 45-62. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/29858508>.
- Baumgartner, J., Breuss, F., & Kaniowski, S. (2005). WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy. In OeNB (Hrsg.), *Macroeconomic Models and Forecasts for Austria. Proceedings of OeNB Workshops* (61-86), (5).
- Baumgartner, J., & Kaniowski, S. (2025). Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 179-190. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58155801>.
- Bittschi, B. (2023). Lohnführerschaft in Österreich: Relikt der Vergangenheit oder sozialpartnerschaftlicher Dauerbrenner?. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 49(29, S. 79-101). <https://journals.akkwien.at/index.php/wug/article/view/187/182>.
- Bittschi, B., & Meyer, B. (2025). Relative Lohnstückkosten 2024 erneut deutlich gestiegen. *WIFO-Monatsberichte*, 98(10), 551-566. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/63892340>.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2019). *A practitioner's guide to potential output and the output gap*.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2022). *Testing output gaps: An Independent Fiscal Institutions' guide*.
- Europäische Kommission (2025). European Economic Forecast. Spring 2025. *European Economy, Institutional Papers*, (318).
- Felbermayr, G. (2024). Konjunktur und Wachstum in Österreich: Ein Rendezvous mit der Realität. *WIFO-Monatsberichte*, 97(9), 519-530. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54820544>.
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., & Vandermeulen, V. (2014). The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. *European Economy, Economic Papers*, (535).
- Horvath, T., Huber, P., Huemer, U., Kogler, M., Mahringer, H., Piribauer, P., Sommer, M., & Weingärtner, S. (2024). *Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2023 bis 2030*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55858191>.
- Horvath, T., Hyll, W., Mahringer, H., Lutz, H., & Spielauer, M. (2022). *Ältere am Arbeitsmarkt: Eine Vorausschau bis 2040 als Grundlage für wirtschaftspolitische Maßnahmen*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/19098022>.
- Lui, Z. Z. (2024). China's Real Economic Crisis, Why Beijing Won't Give Up on a Failing Model. *Foreign Affairs*, 103(5). <https://www.foreignaffairs.com/china/chinas-real-economic-crisis-zongyuan-liu>.
- Maidorn, S. (2018). Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations? *Empirica*, 45(1), 59-82.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2025). Gemeinschaftsdiagnose #2-2025 – Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumsschwäche. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/62904743>.
- Schiman-Vukan, S., & Ederer, S. (2025). Österreich schleppt sich aus der Rezession. Prognose für 2025 und 2026. *WIFO-Monatsberichte*, 98(10), 515-531. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/63892037>.
- Sommer, M., Sinabell, F., & Streicher, G. (2021). Ein Ausblick auf die Treibhausgasemissionen in Österreich 2021 und 2022. *WIFO Working Paper*, (628). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4497366>.
- Statistik Austria (2025a). Bruttoinlandsprodukt 2024 um 0,7% gesunken. Pressemitteilung: 14 005-198/25. <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2025/09/20250930BIP2024.pdf>.
- Statistik Austria (2025b). Detailtabellen zu geleisteter Arbeitszeit, Arbeitsvolumen, Überstunden – Zeitreihen, Arbeitskräfteerhebung 2024. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/264/13_Arbeitszeit_Arbeitsvolumen_Zeit_reihen_bis2024.ods.